

## **Antrag**

**der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Gunnar Uldall, Dr. Bernd Protzner, Ulrich Adam, Dietrich Austermann, Otto Bernhardt, Sylvia Bonitz, Peter Harry Carstensen (Nordstrand), Hansjürgen Doss, Anke Eymer (Lübeck), Dirk Fischer (Hamburg), Erich G. Fritz, Jochen-Konrad Fromme, Kurt-Dieter Grill, Horst Günther (Duisburg), Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein, Susanne Jaffke, Ulrich Klinkert, Dr. Martina Krogmann, Dr. Paul Krüger, Helmut Lamp, Dr. Angela Merkel, Elmar Müller (Kirchheim), Bernd Neumann (Bremen), Friedhelm Ost, Hans-Peter Repnik, Dr. Heinz Riesenhuber, Volker Rühle, Anita Schäfer, Hartmut Schauerte, Karl-Heinz Scherhag, Michael von Schmude, Birgit Schnieber-Jastram, Max Straubinger, Angelika Volquartz, Matthias Wissmann, Dagmar Wöhrl, Peter Kurt Würzbach und der Fraktion der CDU/CSU**

### **Initiative zur Stärkung der Ostseeregion**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Ostseeregion kann in Europa und weltweit zu einem Motor für neue Entwicklungen und Wohlstand werden. Sie ist ein einzigartiger wirtschaftlicher, kultureller, ökologischer und politischer Modellraum, der einer kraftvollen und konzeptionellen Politikbeachtung durch Deutschland bedarf. Zehn Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges ist die Region in Lebenserwartung, Wirtschaftskraft, Kapitalausstattung und Umweltstandards zwischen West und Ost geteilt. Doch bereits jetzt werden hier gut 6 Prozent des Welthandels erwirtschaftet, rund 100 Mrd. US-Dollar jährlich. Experten schätzen die regionalen Wachstumschancen in der nächsten Dekade auf bis zu 250 Prozent. Entscheidend für diese positive Entwicklung ist jedoch, ob und wie die gezielten und erfolgreichen Initiativen der neunziger Jahre mit Beginn des neuen Jahrhunderts fortgesetzt werden.

Zehn Jahre nach Ende des Ost-West-Konfliktes gilt es deshalb, das bisher Erreichte ebenso konstruktiv wie kritisch auszuwerten und zugleich klar und europäisch die Aufgaben und Herausforderungen der Zukunft zu definieren.

Deutschland als wirtschaftlich stärkste Macht im Ostseeraum kommt dabei eine besondere Aufgabe zu. Das gilt auch für die direkten wie indirekten Ostseeanrainer, die Landtage und Landesregierungen von Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Diese haben sich in den vergangenen Jahren ihrer Verantwortung gestellt und mit ihren regionalen Initiativen regionale Wirkung erzielt. Diese ersten Erfolge hängen jedoch mit davon ab, ob es

gelingt, eine übergreifende Zusammenarbeit aller politischen Gremien aufzubauen – regional, national wie international –, die Bündelung aller Kräfte aus mehr als 70 verschiedenen institutionellen Ostsee-Initiativen zu erreichen und koordiniert vorzugehen.

Die deutsche Bundesregierung hat es in diesem Zusammenhang verpasst, klare und sachbezogene Positionen für eine Ostseepolitik im 21. Jahrhundert zu formulieren. Während man vor 1998 noch von einer offensiven Ostseepolitik sprechen konnte, sind derzeit nationale Ansätze nicht mehr erkennbar. Weder im Koalitionsvertrag noch in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers hat die „Wachstumsregion Ostsee“ ihren Niederschlag gefunden. Bis heute sind weder Initiativen für die Großregion erkennbar noch liegt ein Zukunftskonzept „Ostsee“ vor. Aufgrund der Erfordernisse von Sicherheit, Einheit, Arbeit und Wohlstand ist die bisher praktizierte passive Ostseepolitik eine verpasste Chance. Die Bundesregierung täte gut daran, Versäumtes schnellstmöglich aufzuholen, um an die aktive Ostseepolitik der neunziger Jahre anzuknüpfen. Sollte dies konzeptionell, klar und konsequent geschehen, wird sie durch den Deutschen Bundestag darin unterstützt werden.

Die Ausarbeitung und Umsetzung eines umfassenden Ostseekonzeptes sind die Aufgabe einer zielorientierten wie zukunftsweisenden deutschen Ostseepolitik im neuen Jahrhundert. Die großen historischen Herausforderungen des Ostseeraums können jedoch nicht allein durch Direktiven „von oben“ gemeistert werden. Städte, Regionen, Wirtschaftsverbände und private Initiativen sind durch die Politik der Bundesregierung wirksam einzubinden und der Prozess des Zusammenwachsens „von unten“ dauerhaft zu stärken.

In der Ostseeregion ist ein weltweit bedeutender Motor für Wachstum und Wohlstand angesprungen. Jetzt gilt es, seine Taktfrequenz zu verstetigen und die Drehzahl zu erhöhen. Dazu bedarf es eines übergreifenden politischen Leitbildes; einer Ostsee-Offensive auf allen Ebenen, die vor allem folgende Punkte zu berücksichtigen hat:

1. Die entscheidenden Pfeiler für ein stetiges Wachstum in der Ostseeregion sind politische Stabilität in den jungen Demokratien, Aufbau eines funktionsfähigen Rechtsstaates, die telekommunikative, verkehrs- und energiepolitische Vernetzung und der Abbau von Handelsschranken. In allen Bereichen sind erste Fortschritte erzielt, erste Projekte eingeläutet worden. Bund, Länder und die EU stehen in der Pflicht, diese Entwicklung konsequent weiterzugehen und zukunftssicher auszubauen.
2. Nach der skandinavischen Norderweiterung der EU, der geplanten Aufnahme Polens und der drei baltischen Staaten und der Partnerschaftsverträge mit Russland, befindet sich die Ostseeregion in einer entscheidenden Umbruchphase. Die Veränderungen machen eine besondere regionale EU-Initiative zur „Förderung und Entwicklung der Baltic Sea Region“ dringend erforderlich, die über die bisherigen Programme hinausgeht. Der Barcelona-Prozess kann hier Beispiel geben.
3. Die Region um Königsberg wird nach den EU-Beitritten Polens und der baltischen Staaten zur Enklave innerhalb der Gemeinschaft. Die Kooperation und Einbindung Russlands in den europäischen Einigungsprozess erfordert deshalb ein intensiv abgestimmtes Vorgehen, eine koordinierte EU-Ostseepolitik.
4. Schweden hat mit einem 1-Mrd.-Kronen-Projekt zur Förderung der Ostsee-Kooperation ein Zeichen gesetzt. Jetzt gilt es auf nationaler wie europäischer Ebene „Ostsee-Bündnisse“ aktiv voranzubringen – inhaltlich wie finanziell. Für die Bundesrepublik Deutschland, die in Wirtschaft und Handel am

meisten von dieser Region profitiert, wäre die Beteiligung mit einer eigenen Ostseemilliarde angemessen und erforderlich.

5. Die Ostseeregion kann zum Wissenschafts- und Forschungszentrum Europas werden. Über 300 Universitäten und Forschungsinstitute rund um die Baltic Sea tragen schon heute wesentlich zu Know-how und Zukunftsfähigkeit Europas bei. Die Herausforderung „Bildung“ wird zum entscheidenden Kriterium für den Erfolg der Baltic Sea Region; hier fehlt noch ein Gesamtkonzept für diesen geteilten Raum.
6. Die Ostseeanrainerstaaten haben im Oktober 1996 die Agenda 21 für den Ostseeraum ins Leben gerufen und sich für die Konzentration auf eine nachhaltige Entwicklung ausgesprochen. Die Ergebnisse wurden im Juni 1998 in das Programm Baltic 21 eingebunden. Ergebnis war ein Aktionsprogramm Baltic Sea Region. Damit wurde die Lösung ökologischer Probleme unmittelbar mit dem Erfolg bei wirtschaftlichen und sozialen Fragen verbunden.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. alle erforderlichen Schritte auf nationaler wie internationaler Ebene zu unternehmen, die einen stetigen und nachhaltigen Aufschwung der Ostseeregion als eigenständigen Wirtschaftsraum ermöglichen,
2. noch in diesem Jahr ein ostseespezifisches Leitbild zu definieren und einen klar umrissenen Zielkatalog für die deutsche Ostseepolitik vorzulegen, aus dem auch die kurz- wie mittelfristige finanzielle Unterstützung der Bundesregierung für diese Region hervorgeht,
3. das Thema einer Ostsee-Offensive bereits beim nächstmöglichen EU-Gipfel mit dem Ziel auf die Tagesordnung zu setzen, eine Europa-Offensive für die Ostseeregion zu starten,
4. bis Ende des Jahres einen Zeitplan vorzustellen, aus dem eindeutig hervorgeht, bis wann die sich in dem Aktionsprogramm zur Agenda 21 und der „Vision und Strategie rund um die Ostsee“ (VASAB 2010) definierten Umweltaufgaben gelöst sein sollen und in welcher Art und Weise und in welchem Umfang sich die Bundesregierung an der Lösung dieser Aufgaben – auch in Relation zu unseren Nachbarn – zu beteiligen gedenkt,
5. das EU-Konzept zur Verstärkung der nördlichen Dimension der europäischen Energiepolitik aktiv zu unterstützen,
6. eine Bildungsoffensive und ein Forschungskonzept für den Ostseeraum zu entwickeln, die dem Zukunftsfaktor „Wissen“ einen zentralen Platz in der Ostseeförderpolitik einräumt. Hierbei ist darzulegen, welche Chancen und Veränderungen sich für die deutschen und insbesondere norddeutschen Hochschulen aus einer verstärkten Ostseekooperation ergeben und in welcher finanziellen Größenordnung die Bundesregierung die Bildungsoffensive in den nächsten fünf Jahren zu unterstützen plant.

Berlin, den 9. Mai 2000

**Wolfgang Börnsen (Bönstrup)**  
**Gunnar Uldall**  
**Dr. Bernd Protzner**  
**Ulrich Adam**  
**Dietrich Austermann**  
**Otto Bernhardt**  
**Sylvia Bonitz**

**Peter Harry Carstensen (Nordstrand)**  
**Hansjürgen Doss**  
**Anke Eymer (Lübeck)**  
**Dirk Fischer (Hamburg)**  
**Erich G. Fritz**  
**Jochen-Konrad Fromme**  
**Kurt-Dieter Grill**  
**Horst Günther (Duisburg)**  
**Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein**  
**Susanne Jaffke**  
**Ulrich Klinkert**  
**Dr. Martina Krogmann**  
**Dr. Paul Krüger**  
**Helmut Lamp**  
**Dr. Angela Merkel**  
**Elmar Müller (Kirchheim)**  
**Bernd Neumann (Bremen)**  
**Friedhelm Ost**  
**Hans-Peter Repnik**  
**Dr. Heinz Riesenhuber**  
**Volker Rühle**  
**Anita Schäfer**  
**Hartmut Schauerte**  
**Karl-Heinz Scherhag**  
**Michael von Schmude**  
**Birgit Schnieber-Jastram**  
**Max Straubinger**  
**Angelika Volquartz**  
**Matthias Wissmann**  
**Dagmar Wöhrl**  
**Peter Kurt Würzbach**  
**Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion**